

Berlin, 16. Oktober 2014

Karin Maag MdB
Vorsitzende

Politik für Frauen und aus der Sicht von Frauen

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030. 227-58957
F 030. 227-56093

Die Gruppe der Frauen versteht ihre Aufgabe als den Blick auf alle Politikfelder aus der Sicht von Frauen. Sie hat im Rahmen ihrer Klausurtagung am 12. und 13. September 2014 in Berlin folgende Beschlüsse gefasst:

karin.maag@bundestag.de
www.cducusu.de

- **Wir wollen Frauen besser vor Zwangsprostitution schützen:** Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass der gesetzliche Schutz für Frauen in der Prostitution und der Schutz von Mädchen und Frauen vor Zwangsprostitution in einem Artikelgesetz geregelt wird. Es ist wichtig, aber nicht ausreichend, die Rahmenbedingungen für die legale Prostitution zu verbessern. Wir brauchen dringend auch strafrechtliche Änderungen, die Verurteilungen von Menschenhändlern ohne Opferaussage ermöglichen und die auch all jene zur Verantwortung ziehen, die Dienste von Zwangsprostituierten wissentlich in Anspruch nehmen. Zudem muss das Aufenthaltsrecht für Opfer von Zwangsprostitution aus Drittstaaten nachgebessert werden. Zum Schutz betroffener Mädchen und Frauen halten wir an unserer Forderung fest, das Mindestalter für legale Tätigkeit in der Prostitution auf 21 Jahre zu erhöhen und Frauen in der Prostitution durch Pflichtuntersuchungen nicht nur medizinische Vorsorge sondern auch die niedrigschwellige Kontaktaufnahme zu helfenden Behörden oder Organisationen zu ermöglichen. Wir widersetzen uns auf das Schärfste allen Bestrebungen, die Maßnahmenpakete für den Bereich der legalen und der illegalen Prostitution in den anstehenden Gesetzesberatungen trennen wollen.
- **Anteil von Frauen in Führungspositionen endlich nachhaltig erhöhen - in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst:** Die vorgesehenen gesetzlichen Maßnahmen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst halten wir für richtig. Wir befürworten, dass neben der Zielvorgabe, die sich Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmungspflichtig sind für Aufsichtsräte, Vorstände und oberes Management selbst setzen müssen, auch das Instrument der verbindlichen Geschlechterquote von 30 Prozent für Aufsichtsräte in Unternehmen, die börsennotiert und voll mitbestimmungspflichtig sind, greift.

Ausdrücklich begrüßen wir, dass die Mindestvorgabe dabei jeweils gesondert von der Arbeitnehmer- und der Anteilseignerbank erfüllt werden muss.

Dabei ist uns besonders wichtig, dass wir nicht nur Forderungen gegenüber der privaten Wirtschaft erheben, sondern in den Institutionen und Unternehmen, in denen der Bund die Verantwortung trägt, beispielgebend sind. Wir fordern daher vor allem, dass im Gesetzentwurf bezüglich der vorgesehenen Bestimmungen für die Besetzung von Gremiensitzen durch den Bund nachgebessert wird.

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Entgeltlücke zwischen den Geschlechtern überwinden:** Wir bekennen uns ausdrücklich zum Zielprinzip: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. So vielfältig die Gründe für die geschlechtsspezifische Einkommenslücke sind, so vielschichtig müssen die politischen Maßnahmen sein, um ihnen zu begegnen. Gemeinsam mit den Tarifpartnern setzen wir uns dafür ein, dass auf einer fundierten Datengrundlage und mit verlässlichen Zahlen dort nachgebessert wird, wo strukturelle Benachteiligungen für Frauen in Lohn und Einkommen vorhanden sind. Wir fordern, dass der Frauenanteil in Tarifkommissionen maßgeblich erhöht wird.
- **Mehr Mädchen und Frauen in MINT-Berufe:** Wir setzen uns dafür ein, dass die MINT-Förderung von der frühkindlichen Bildung an ausgebaut wird. Bei Mädchen und Frauen soll gezielt für Berufsfelder in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik geworben werden. Wir appellieren an die Wirtschaft beispielsweise in den Bereichen Industrie und Handwerk die Anstrengungen weiter zu verstärken, bei Mädchen und Frauen gezielt für gewerblich-technische Berufe zu werben. Wir fordern, dass Berufs- und Studienberatung sowie Berufsorientierung ab der Schule geschlechtergerecht erfolgt und gezielt daran mitwirkt, Stereotype zu überwinden. Dazu gehören auch Informationen darüber, welche Verdienst- und Entwicklungsmöglichkeiten verschiedene Berufsfelder eröffnen und welche Auswirkungen diese auf den späteren Rentenbezug haben. Die freie Entscheidung über die spätere Berufswahl bleibt selbstverständlich weiterhin maßgeblich.

- **Frauen in Krisenregionen als verletzte Gruppe besonders in den Blick nehmen:** Wir setzen uns dafür ein, in unserer außenpolitischen und entwicklungspolitischen Arbeit sowohl auf binationaler Ebene als auch gemeinsam mit unseren internationalen Partnern die Verletzlichkeit von Frauen besonders in den Blick zu nehmen. In vielen Staaten müssen wir im Moment erleben, dass Krieg und Terrorismus durch gezielte Angriffe auf dem Rücken von Frauen ausgetragen werden. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Suche nach den von Boko Haram in Nigeria und von IS in den besetzten Gebieten des Irak verschleppten Frauen mit Hochdruck verfolgt wird. Die betroffenen Regierungen müssen alles in ihrer Macht stehende tun, um Vergewaltigungen und Handel mit Mädchen und Frauen zu unterbinden. Bei unserem außenpolitischen Dialog mit Regierungsvertretern weltweit muss die Frage nach Frauenrechten, so gerade dem Zugang zu Bildung und Gesundheit und der Schutz von Mädchen und Frauen vor gewaltsamen Übergriffen zentraler Gegenstand sein. Gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern setzen wir uns dafür ein, dass bei humanitärer Hilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit die spezifische Situation von Frauen und ihre Arbeitsbedingungen besonders berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch die Initiative unserer Bundesregierung, noch in diesem Jahr ein Textilsiegel einzuführen, das die Einhaltung verbindlicher Kriterien für nachhaltig produzierte Kleidung ausweist.